

## Fragestunde

**Präsidentin Doris Bures:** Damit gelangen wir zur Fragestunde.

Die Fragestellungen durch die Damen und Herren Abgeordneten werden von den beiden Rednerpulten im Halbrund aus vorgenommen, die Beantwortung durch den Herrn Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres vom Rednerpult der Abgeordneten aus.

Für die Anfrage- und Zusatzfragesteller ist jeweils 1 Minute Redezeit vorgesehen. Die Beantwortung der Anfrage soll 2 Minuten, jene der Zusatzfrage 1 Minute nicht übersteigen. Ich werde Sie kurz vor Ende der jeweiligen Redezeit auf deren Ablauf aufmerksam machen.

### Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

**Präsidentin Doris Bures:** Wir kommen nun zur 1. Anfrage, jener des Herrn Abgeordneten Dr. Cap. – Bitte.

**Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ):** Frau Präsidentin! Nachdem es das letzte Mal etwas zu lang gedauert hat, mache ich es heute radikal kürzer.

Herr Minister, meine Frage richtet sich auf die Erfolge oder auf die Verhandlungen, die die berühmten Rückübernahmeabkommen betreffen. Was können Sie uns dazu sagen?

\*\*\*\*\*

*Die schriftlich eingereichte Anfrage, 202/M, hat folgenden Wortlaut:*

*„Welche Rückübernahmeabkommen wurden von Ihnen in dieser Legislaturperiode abgeschlossen bzw. verhandelt?“*

\*\*\*\*\*

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Rückführungsabkommen, die Österreich hat, sind 39 an der Zahl; das sind 22 bilaterale und 17 auf EU-Ebene. Es gibt derzeit auch von mehreren Ministerien einschließlich des Außenministeriums Bemühungen, mit Afghanistan, Marokko, Algerien und anderen Staaten weitere Abkommen, zumindest Memoranda abzuschließen.

Die Herausforderung, die leider Gottes besteht, ist, dass Rückführungen auch in Staaten, mit denen es Rückführungsabkommen gibt, oftmals dann trotzdem nicht stattfinden können, weil man sich auf technische Details nicht einigen kann, weil die Staaten kein Interesse haben, die Menschen zurückzunehmen. Insofern ist es, glaube ich, wichtig, vor allem auch die Zahl der Menschen, die nach Österreich kommen, zu reduzieren, denn es ist leichter, jemanden zu stoppen, als ihn dann zurückzuführen.

**Präsidentin Doris Bures:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ):** Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier Druck auszuüben, beispielsweise in und über die Europäische Union beziehungsweise jetzt weiter von österreichischer Seite, weil es doch sehr brisant ist, zu diesen Abkommen zu kommen? Sie haben einmal sogar, glaube ich, Sanktionen gefordert. Bei Sanktionen ist allerdings die Frage, wen man damit trifft. Sind es die NGOs, oder gibt es Sanktionsmöglichkeiten, die ausschließlich nur eine zögerliche Regierung beispielsweise in Marokko treffen könnten?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Aus meiner Sicht ist es so, dass wir vor allem als Europäische Union da viele Druckmittel zur Hand hätten. Insofern halte ich es auch für sinnvoll, dass es da ein gesamteuropäisches Vorgehen gibt.

Es ist auch so, dass die Masse der Verhandlungen mittlerweile von der Europäischen Union übernommen worden ist. Leider Gottes geht da oftmals lange nichts weiter. Zwischen der Europäischen Union und Marokko wird seit 14 Jahren verhandelt. Das ist aus meiner Sicht nicht zufriedenstellend, und insofern plädiere ich dafür, dass wir Zahlungen an diese Länder auch als Druckmittel verwenden.

Ich bin auch dafür, dass die Europäische Union diesen Ländern, die oftmals sehr viele Zahlungen zum Beispiel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bekommen, klar die Rute ins Fenster stellt: Es gibt keine Unterstützungsleistungen mehr seitens der Europäischen Union und es kann auch zu einer Kürzung der Entwicklungszusammenarbeitsgelder kommen, wenn es da keine Kooperationsbereitschaft gibt. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, wenn solch ein Beschluss auch von den Staats- und Regierungschefs gefasst werden würde. Ich glaube, dass allein mit der Androhung die Dinge schon in Bewegung kämen.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Amon.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben die gesamteuropäischen Aktivitäten angesprochen. Der Europäische Rat hat im Oktober 2015 und im letzten Februar verschiedene Maßnahmen beschlossen, um die Rückübernahme durch Drittstaaten zu beschleunigen.

Welche Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Rates sind Ihnen vonseiten des Herrn Bundeskanzlers in diesem Zusammenhang bekannt?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass ich es gut finde, dass es eine Auseinandersetzung im Europäischen Rat gegeben hat und dass es auch gewisse Maßnahmen gibt, die beschlossen wurden; das ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Wenn man das wirklich beschleunigen will, dann braucht es aber wesentlich mehr Druck auf die Herkunftsländer, und diesen Druck kann man vor allem erzeugen, indem man, wie vorhin schon angesprochen, den Staaten signalisiert, dass finanzielle Leistungen, auch Gelder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, gekürzt werden, wenn die Staaten nicht bereit sind, illegale Migranten zurückzunehmen. Diesen Beschluss hat es noch nicht gegeben; ich glaube, er wäre sehr zielführend.

Was die Aktivitäten des Bundeskanzlers im Rat betrifft, bin ich der Falsche, um darüber Auskunft zu geben; da muss man ihn selbst fragen.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Karlsböck.

**Abgeordneter Dr. Andreas F. Karlsböck (FPÖ):** Guten Morgen! Wenn es um illegale Migration geht, sehen wir das ja momentan als größtes Problem in der ganzen Flüchtlingsbewegung. Eine Rolle spielt dabei natürlich auch die Agentur FRONTEX.

Um es kurz zu machen: Wir kritisieren ja, dass Flüchtlinge, die gerettet werden – zu Recht!, und wir alle müssen auch etwas dafür tun, dass möglichst viele gerettet werden –, auf die falsche Seite gebracht werden, nämlich nach Europa und nicht dorthin zurück, woher sie kommen.

Meine Frage ist: Im Wissen darum, dass ohnehin gerettet wird und nicht ins Ursprungsland zurückgeführt werden darf, wagen immer mehr Menschen den gefährlichen Weg über das Mittelmeer, darunter nicht nur Kriegsflüchtlinge, sondern auch illegale Migranten. Australien geht diesbezüglich einen anderen Weg: Wenn man ein Mal, auch wenn man eine Berechtigung hätte, bei einer illegalen Migration

aufgegriffen wird, hat man diesen Anspruch verwirkt, man wird aber natürlich trotzdem gerettet.

Gedenken Sie, dieses australische Modell aufzugreifen? Wenn ja, wann und wie? Wenn nein, warum eigentlich nicht?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Das war ja fast mehr ein Statement als eine Frage; aber ich kann Ihnen da größtenteils recht geben. Ich glaube, das australische Modell ist nicht eins zu eins vergleichbar, aber die Logik, dass die Rettung im Mittelmeer mit einem Ticket nach Europa verbunden ist, führt dazu, dass sich immer mehr Menschen auf eine immer gefährlichere Reise begeben werden. Insofern bin ich vollkommen bei Ihnen, dass der Weg nur sein kann, dass die Rettung mit der Rückstellung in das Herkunftsland verbunden ist.

Ich glaube, dass der Türkei-Deal eine gewisse Chance dazu bietet, das zumindest auf der Türkei-Griechenland-Westbalkan-Route zustande zu bringen. Auf der Libyen-Italien-Route ist man noch nicht so weit, aber das Ziel muss definitiv sein, dort auch in einer ähnlichen Richtung voranzukommen.

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, die Geschäftsordnung sieht vor, dass man die Möglichkeit hat, in einer Minute Ausführungen zu formulieren und dann die Frage zu stellen.

Wir kommen zur 2. Anfrage, jener des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Berlakovich. – Bitte.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich (ÖVP):** Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie betreiben eine sehr aktive Außenpolitik, das stärkt das Ansehen Österreichs und ist auch, finde ich, ein wichtiger Beitrag Österreichs, um anstehende Probleme zu lösen.

Daher meine Frage:

**197/M**

„Welche Fragen standen im Mittelpunkt Ihrer jüngsten Gespräche mit US-Außenminister Kerry, dem russischen Außenminister Lawrow und dem deutschen Außenminister Steinmeier?“

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Wir haben natürlich über viele Fragestellungen der Außenpolitik gesprochen, vor allem über den Konflikt in Syrien und auch die Flüchtlingsproblematik für Europa und für Österreich. Das Hauptthema der Termine war aber die Vorbereitung des österreichischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2017. Wir haben diese Vorsitztätigkeit gerne übernommen, weil es, glaube ich, eine Auszeichnung und Chance für Österreich ist, in einer internationalen Organisation für ein Jahr die Führung übernehmen zu dürfen.

Das Thema für unsere Vorsitztätigkeit wird vor allem die Fragestellung sein: Wie schaffen wir es, Europa sicherer zu machen? Wie können wir gemeinsam stärker gegen Terrorismus und Radikalisierung ankämpfen? – Das war das Hauptthema der Gespräche.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Berlakovich.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie haben gesagt, es gehe darum, wie man Europa sicherer machen kann, und haben den Terrorismus angesprochen; das ist eine der zentralen Herausforderungen. Eine weitere Herausforderung ist aber mehr oder weniger relativ nahe vor unserer Haustür der Konflikt in der Ukraine, der etwas aus der medialen Öffentlichkeit verschwunden ist.

Ich frage Sie daher: Wie sieht die aktuelle Entwicklung in der Ukraine aus?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Leider Gottes nicht sehr positiv, um ehrlich zu sein! Wir haben nach wie vor einen Waffenstillstand, der nicht zu 100 Prozent hält. Wir haben nach wie vor eine sehr angespannte Situation nicht nur zwischen der Ukraine und Russland, sondern auch die Sichtweise in Russland, dass es hier eine Bedrohung Russlands durch den ganzen Westen gibt. Das ist eine Sichtweise, die wir so natürlich nicht nachvollziehen können. Insofern bemühen wir uns weiter, Gesprächskanäle offenzuhalten, auch stetig den Versuch zu starten, da unterschiedliche Player doch zusammenzuführen, aber die Anspannung ist nach wie vor groß.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Dr. Lintl.

**Abgeordnete Dr. Jessi Lintl (FPÖ):** Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland wurden vom Rat bis 31. Juli 2016 mit Ihrem Einverständnis verlängert. Österreichische Unternehmen haben dadurch große Einbußen und Verluste erlitten. In einer Studie des WIFO wird sogar

vom Wegfall von 9 000 Jobs und einem Wertschöpfungsverlust von 600 Millionen € gesprochen.

Meine Frage ist: Welche konkreten Maßnahmen werden Sie künftig auf EU-, internationaler und innerstaatlicher Ebene setzen, um die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland zu beenden, beziehungsweise werden Sie einer allfälligen Verlängerung zustimmen?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Es wird eine Debatte darüber in der Europäischen Union geben. Es wird nicht nur eine Entscheidung der Außenminister, sondern vor allem der Staats- und Regierungschefs geben. Sie wissen, dass die österreichische Haltung eine sehr skeptische ist. Wir befinden uns da in einer Gruppe von Staaten, die die Sanktionen eher skeptisch sehen, weil wir der Meinung sind, dass es notwendig ist, neben der Reaktion auf die russische Aggression natürlich auch wieder einen gemeinsamen Weg mit Russland zu finden. Das bedeutet, wir glauben, dass es notwendig ist, wieder aufeinander zuzugehen, weil es am Ende des Tages Frieden nicht gegen, sondern nur mit Russland geben kann.

Was die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen betrifft, gebe ich Ihnen recht, dass die Sanktionen, insbesondere auch die Gegensanktionen natürlich negative Auswirkungen für unsere Wirtschaft haben. Allerdings muss man dazusagen, dass der Großteil der Betroffenheit der österreichischen Wirtschaft vor allem dadurch gegeben ist, dass sich die wirtschaftliche Situation in Russland sehr stark verschlechtert hat, und das wiederum ist im Zusammenhang mit der gesamten Ukraine-Krise und den Spannungen mit dem Westen zu sehen.

**Präsidentin Doris Bures:** Damit gelangen wir zur 3. Anfrage, jener des Herrn Abgeordneten Dr. Hübner. – Bitte.

**Abgeordneter Dr. Johannes Hübner (FPÖ):** Grüß Gott, Frau Präsidentin! Herr Minister, grüß Gott! Ich glaube, es gibt, wie auch Ihre letzte Antwort zur Frage Russland und den Sanktionen gezeigt hat, einen großen Graben zwischen dem, was in Österreich intern verkündet wird oder bilateral mit Partnern, wie etwa Russland, gewertet wird, und dem, was auf europäischer Ebene dann getan und in welcher Weise das Stimmrecht verwendet wird. Dafür sind nicht allein die Russland-Sanktionen typisch, wo man Russland gegenüber immer sagt, dass man dagegen sei, wo man intern sagt, dass das schädlich sei, dass man das eigentlich nicht haben wolle und dass das nichts bringe, wo man aber auf europäischer Ebene dann immer zustimmt

und im Nachhinein immer sagt, dass wir nichts tun können, weil wir europäisch solidarisch sein müssen.

Ähnlich verhält es sich mit TTIP: Es ist ganz klar, dass Österreich dieses Abkommen nicht unterzeichnen wird, weil bereits alle Präsidentschaftskandidaten gesagt haben, sie werden es nicht ratifizieren; auch dazu heißt im Inland: Nein!, auf europäischer Ebene aber gibt es keinen Ansatz dazu, klarzustellen: Kinder, vergesst es, denn Österreich wird es jedenfalls nicht ratifizieren!

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Sie müssen jetzt die Frage formulieren.

**Abgeordneter Dr. Johannes Hübner** (FPÖ): Ähnlich ist das Problem mit dem Türkei-Beitritt, wo die meisten relevanten Kräfte im Inland sagen: Nein!, aber auf europäischer Ebene fehlt eine Disposition (*Ruf: Frage!*) und die Klarstellung: Wir werden nicht zustimmen!

Daher meine Frage, Herr Minister:

#### 194/M

„Wie werden Sie sich auf europäischer Ebene gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union einsetzen, zumal die Türkei nach wie vor weder demokratiepolitisch noch bei der Einhaltung von Grund- und Freiheitsrechten dem Niveau der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entspricht?“

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz**: Grüß Gott, Herr Dr. Hübner! (*Heiterkeit bei Abgeordneten der ÖVP.*) Vielen Dank für Ihre Frage. (*Abg. Walter Rosenkranz: Warum lacht die ÖVP, wenn man „Grüß Gott!“ sagt?*)

Zunächst einmal ein paar Worte zu Ihrem Seitenhieb auf die europäische Politik oder die österreichische Rolle in Europa: Ich glaube, dass es einen großen Unterschied macht, ob man europäische Politik mitgestalten möchte, das auch tut und auch zur Kenntnis nimmt, wenn es andere Mehrheiten gibt, oder ob man bei jeder Frage seine Vetomöglichkeit auf den Tisch legt.

Ich glaube, dass es schwierig wäre, wenn man bei jeder Frage sofort mit einer Vetodrohung in die Diskussion einsteigt, da das das europäische Projekt zerstört. Insofern verfolgen wir unsere Positionen, die wir im Inland artikulieren – zumindest ich tue das –, auch auf europäischer Ebene sehr klar.

Ich habe mich, gerade was die Russland-Frage betrifft, sehr stark dafür eingesetzt, Partner zu finden, die eine ähnliche Sichtweise haben wie wir. Wir sind froh, dass diese

Gruppe immer größer wird, die Gruppe jener, die sagen, wir wollen kein Gegeneinander und keinen Konflikt, sondern wir wollen ein Aufeinander-Zugehen und wir wollen am Ende des Tages Frieden. Aber auch ich muss zur Kenntnis nehmen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, und wie das in der Europäischen Union oder im Parlament oder in anderen Institutionen so ist, gibt es am Ende des Tages Mehrheitsmeinungen oder eben auch nicht.

Sie haben recht damit, wenn Sie sagen, man hätte auch die Möglichkeit, mit nur einer einzigen Stimme einen Beschluss zu Fall zu bringen, das ist schon richtig; die Frage ist nur, wie es dann mit dem europäischen Projekt weitergeht.

Zu Ihrer Frage, was die Türkei betrifft, eine ganz klare Meinung: Beitrittsverhandlungen heißen nicht Beitritt, und das ist auch gut so. Die österreichische Linie ist da klar: Es muss vor einem etwaigen Beitritt der Türkei eine Volksabstimmung geben. Diesen Beitritt sehe ich noch lange nicht, insofern sehe ich auch noch lange nicht die Notwendigkeit für eine Volksabstimmung, aber ich stehe klar dazu: Wenn wir je in diese Situation kommen würden, dann braucht es die Volksabstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dr. Johannes Hübner** (FPÖ): Herr Minister! Jetzt ist ja ein Rücknahmeabkommen geschlossen worden, das mit der Türkei von 2016, und dieses Abkommen sieht im Gegensatz zu dem, was wir eigentlich bei anderen Rücknahmeabkommen anstreben sollten oder auch anstreben werden, vor, dass man für jede Rücknahme einen Einwanderer aufnimmt – also ein Quasiabkommen, mit dem die Masseneinwanderung legalisiert wird, abhängig davon, wie viele illegale Einwanderer ein Land über die Grenze schickt.

Halten Sie angesichts der demografischen Situation in Österreich, angesichts des Umstands, dass wir im vergangenen Jahr fast 100 000 Asylwerber, 100 000 sonstige Einwanderer und etwa 80 000 Geburten hatten – wir sehen darin eine massive Änderung unserer Bevölkerungszusammensetzung –, ein solches Abkommen für sinnvoll, und werden Sie das weiter unterstützen?

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz**: Es kommt darauf an, ob es umgesetzt wird. Wenn das umgesetzt wird, was derzeit vereinbart ist, nämlich dass für jeden illegalen Zuwanderer, der sich auf den Weg gemacht hatte, ein anderer aufgenommen wird, dann werden das, glaube ich, sehr, sehr wenige sein; denn ich glaube nicht, dass es ganz viele Menschen gibt, die so selbstlos sind, dass



sie einen teuren Schlepper bezahlen, sich auf den Weg nach Griechenland machen, dann wieder zurückgestellt werden, damit ein anderer Syrer, den sie nicht kennen und mit dem sie noch nie etwas zu tun hatten, nach Europa kommen darf.

Ich glaube, dass das ein Modell ist, das eigentlich dazu führt, dass sich so gut wie keiner mehr auf den Weg macht – wenn es umgesetzt wird.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Dietrich.

**Abgeordnete Ing. Waltraud Dietrich** (STRONACH): Geschätzte Frau Präsident! Herr Minister! Meine Frage bezieht sich auf die Quoten.

Es kommt dann also eine gewisse Zahl dieser legalen Flüchtlinge aus der Türkei in die EU. Gibt es schon konkrete Vereinbarungen mit Quoten? Sind andere Länder bereit? Gibt es tatsächliche Zusagen, legale Flüchtlinge aufzunehmen? Meine Frage geht insbesondere in Richtung der Visegrád-Staaten.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Frau Abgeordnete, entsprechende Vereinbarungen gibt es da meines Wissens noch nicht.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Weitere Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Heinzl.

**Abgeordneter Anton Heinzl** (SPÖ): Herr Bundesminister, mich würde interessieren, wie Sie aktuell die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei beurteilen, insbesondere in Bezug auf die Kurden.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich sehe mit großer Sorge die Entwicklung der Situation der Kurden in der Türkei. Es gab einige Jahre eine doch sehr positive Entwicklung, auch sehr gute Gespräche zwischen Kurdenvertretern und der Regierung. Es gibt jetzt eine deutlich schlechtere Entwicklung, und insofern tun wir alles, nutzen wir unsere Kanäle zu beiden Seiten, um zu einem besseren Miteinander aufzurufen.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Damit gelangen wir zur 4. Anfrage, jener der Frau Abgeordneten Mag. Korun. – Bitte.

**Abgeordnete Mag. Alev Korun** (Grüne): Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

## 200/M

„Wie viele Deutschkursplätze werden vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Stand heute, bereitgestellt?“

Gemeint ist natürlich, für das Jahr 2016. – Danke.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Guten Morgen, Frau Abgeordnete! Zum derzeitigen Zeitpunkt gibt es allein durch das Ministerium in Kooperation mit dem Österreichischen Integrationsfonds 10 000 Kursplätze. Es ist aber Gott sei Dank so, dass wir in Kooperation mit anderen Ministerien und auch mit den Ländern und Gemeinden eine sehr große Zahl an Kursplätzen zur Verfügung stellen können.

Aufgrund der 75 Millionen €, die seitens des Finanzministeriums zur Verfügung gestellt worden sind, wovon 25 Millionen € auf das Integrationsministerium entfallen, gibt es jetzt die Möglichkeit, das Deutschkursangebot weiter sehr stark auszubauen. Darüber hinaus gibt es ein gut ausgebautes Portal zum Online-Deutschlernen, das auch sehr intensiv genutzt wird.

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag. Alev Korun** (Grüne): Meine Frage bezog sich auf den heutigen Stand, und Sie haben das, wenn ich Sie richtig verstanden habe, mit 10 000 Kursplätzen beantwortet.

Zusatzfrage: Da wir derzeit eine Schutzgewährungsquote inklusive subsidiär Schutzberechtigte von rund 50 Prozent haben, 49 Prozent sind es derzeit, und da wir letztes Jahr 89 000 Asylantragsteller gehabt haben, gehe ich einmal davon aus, dass für ungefähr 50 Prozent von ihnen, sprich für ungefähr 45 000 Menschen, die höchstwahrscheinlich Asyl bekommen werden, Deutschkurse und Orientierungskurse notwendig sein werden.

Bis wann wollen Sie diese – zum Beispiel – 45 000 Deutsch- und Orientierungskursplätze für die Asylwerber, die aktuell im Asylverfahren sind, schaffen?

**Präsidentin Doris Bures** (SPÖ): Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich habe Ihnen vorhin schon eine, wie ich glaube, sehr klare Antwort gegeben, nämlich dass es da ein Zusammenwirken von verschiedenen Ministerien, aber auch mit den Ländern und Gemeinden gibt. Ich habe Ihnen das schon so oft beantwortet, dass ich davon

ausgehe, dass Sie das mittlerweile auch wissen. Insofern gibt es also nicht nur die 10 000 Deutschkursplätze seitens des Ministeriums und des Österreichischen Integrationsfonds, sondern in Summe wesentlich mehr.

Ich habe Ihnen darüber hinaus gesagt, dass wir jetzt neues Geld bekommen haben, um das Kursangebot auszubauen; auch das tun wir. Ich kann Ihnen sagen, beim Österreichischen Integrationsfonds gibt es eine maximale Genehmigungsfrist für die Genehmigung eines Antrags auf Förderung eines Deutschkurses von 15 Werktagen. Meine Information – und das ist eine aktuelle – ist, dass diese Frist derzeit laufend unterschritten wird. Insofern, glaube ich, können Sie guter Dinge sein, dass wir das Angebot weiterhin ausbauen und dass es im Zusammenwirken aller Player, die sich gemeinsam bemühen, auch sehr gut funktioniert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Scherak.

**Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak (NEOS):** Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Ich glaube, ein zweiter wesentlicher Teil für die Integration von Asylwerbern sind die Wertekurse, die Sie auch schon umgesetzt haben. Es gibt, wie ich meine, offensichtlich ein massives Problem auch im Zusammenhang mit der Frage von Grundrechten und Grundwerten, die wir in Österreich vertreten. Das sehen wir, wenn wir täglich die Medien lesen.

Wir haben vorgeschlagen, dass man diese Wertekurse entsprechend ausbauen könnte, also einmal eine höhere Stundenanzahl; wir würden 40 Stunden vorsehen, teilweise in Kursen, teilweise am Arbeitsplatz oder dergleichen.

Können Sie sich auch vorstellen, dass man die Stundenanzahl für diese Wertekurse entsprechend erhöht?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich habe eure Vorschläge gelesen und finde einige sehr unterstützenswert. Ich glaube, dass es vor allem dann möglich ist, wenn man da mit Arbeitgebern kooperiert, wenn man auch noch andere Möglichkeiten nützt, um das Angebot auszubauen. Die acht Stunden, die es derzeit gibt, sind ein reines Basismodul. Es ist so, dass jetzt schon im Deutschkurs auch auf die Wertevermittlung ein Schwerpunkt gelegt wird und dass es aufbauend auf dem Basismodul dann auch noch eine weitere Betreuung je nachdem, was jemand braucht, gibt. Für eine Familie mit Kindern braucht es ein anderes Angebot als für jemanden, der nicht alphabetisiert nach Österreich gekommen ist, braucht es ein anderes Angebot als für jemanden, der sehr gut qualifiziert ist und vielleicht nur

Unterstützung in der Frage, wie er sich seine Qualifikationen anerkennen lassen kann, braucht.

Also ich bin der Meinung, dass es gut ist, dieses Basismodul zu haben, und dass mehr natürlich immer auch wünschenswert und sinnvoll ist. Es ist einerseits eine Kostenfrage, und andererseits, glaube ich, ist es wichtig, da auch mit Partnern zu agieren, bei den Deutschkursen dieses Thema mit einfließen zu lassen und auch einen Schwerpunkt darauf zu legen, je nachdem, was jemand braucht. Nicht alle Menschen, die da zu uns gekommen sind, kann man ganz leicht in einen Topf stecken.

**Präsidentin Doris Bures:** Weitere Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Rädler.

**Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP):** Herr Bundesminister, Sie waren das erste Regierungmitglied, das mit dieser Frage auch in unserer Republik beauftragt wurde, nämlich Integrationsmaßnahmen zu ergreifen.

Ich habe eine Zusatzfrage zu den Deutschkursen – es wurde ja schon sehr viel beantwortet –: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien, Sozialministerium und so weiter, die davon betroffen sind? Wie wird da die Zukunft ausschauen?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich kann leider nicht in die Zukunft schauen, insofern weiß ich nicht, wie es in der Zukunft ausschauen wird.

Im Moment kann ich nur sagen, dass die Zusammenarbeit natürlich unterschiedlich ist, dass wir aber mit vielen Stellen eine sehr gute Zusammenarbeit haben. Ich glaube, dass es vor allem wichtig wäre, im Bildungsbereich noch schneller voranzukommen, insbesondere was Deutsch vor Schuleintritt betrifft, da gibt es jetzt eine Einigung. Das muss möglichst schnell umgesetzt werden, damit Kinder und Jugendliche im Rahmen des Bildungssystems mitkommen, davon profitieren können und dann eine Chance auf eine gute Zukunft in Österreich haben.

**Präsidentin Doris Bures:** Damit gelangen wir zur 5. Anfrage, jener des Herrn Abgeordneten Vavrik. – Bitte.

**Abgeordneter Mag. Christoph Vavrik (NEOS):** Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Bundesminister! Zum Thema Flüchtlinge: Vor fast einem halben Jahr wurde ja die Flüchtlingsfazilität für die Türkei beschlossen. Ziel war – ich zitiere – „Bereitstellung von humanitärer Hilfe, Entwicklungshilfe und sonstiger Hilfe für Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften“ in der Türkei. Das deckt sich eigentlich hundertprozentig

mit der von dir immer wieder gebrachten Feststellung, dass die Hilfe vor Ort, in den Herkunftsländern oder in den unmittelbaren Erstaufnahmeländern wie Jordanien, Libanon oder Türkei prioritär ist und wäre.

Jetzt ist es so, dass im ersten Bericht der Kommission über die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens, wo die Fazilität ihren Platz hat, berichtet wird, dass Österreich noch keinen Beitrag gezahlt hat. Österreich wird in der Liste der Länder, die gezahlt haben, nicht genannt, beziehungsweise bei den zentralen Herausforderungen und nächsten Schritten ist Österreich zusammen mit Malta, Rumänien, Zypern als Land, das zahlen müsste, aufgelistet.

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Abgeordneter, Sie müssen jetzt die Frage formulieren. – Bitte.

**Abgeordneter Mag. Christoph Vavrik:** Meine Frage lautet: Warum hat Österreich noch nicht in die Fazilität eingezahlt?

\*\*\*\*\*

*Die schriftlich eingereichte Anfrage, 196/M, hat folgenden Wortlaut:*

*„In der Mitteilung der Kommission vom 21. April 2016 über die Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung EU-Türkei steht unter Punkt 7. ‚Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei‘: ‚Zusätzlich zu der 1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt haben 16 EU-Mitgliedstaaten mittlerweile ihre Beitragszertifikate eingereicht‘. Österreich ist nicht darunter. Warum hat Österreich seinen Beitrag zur Fazilität bisher noch nicht geleistet?“*

\*\*\*\*\*

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ja, lieber Herr Abgeordneter, ich kann dir da nur recht geben, bin aber guter Dinge, dass wir jetzt auf dem richtigen Weg sind. Der österreichische Beitrag zur Türkei-Fazilität beträgt für 2016 13,5 Millionen € und wird im Rahmen einer Bundesfinanzgesetz-Novelle 2016 bereitgestellt. Diese ist vorgestern im Ministerrat angenommen worden und ist jetzt dem Parlament zur Behandlung zugewiesen. Nach der Annahme wird Österreich dann auch in der Lage sein, den Beitrag anteilmäßig zu leisten.

**Präsidentin Doris Bures:** Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christoph Vavrik (NEOS):** Das EU-Türkei-Abkommen hat ja fünf Eckpunkte: Rückführungen, Umsiedlung, Zahlungen, Visa-Erleichterungen und dann die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen, also Öffnung eines Kapitels.

Herr Bundesminister, was ist deine Einschätzung der Chance, dass dieses Programm mehr Erfolg hat als die gescheiterte Verteilung der 160 000 Flüchtlinge insgesamt, angesichts der Schwäche *aller* fünf Eckpunkte?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Also es ist schon schwierig, das umzusetzen, das steht fest. Es wird nicht leicht sein, aber die Chance ist, glaube ich, größer als bei der Verteilung, denn bei der Verteilung haben einige wenige Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch eine sehr mitteleuropäische Brille geschaut und geglaubt, sie können ihre Meinung allen anderen verordnen, wobei sie, glaube ich, nicht bedacht haben, dass da eine Minderheit geglaubt hat, sich gegen eine Mehrheit durchsetzen zu können.

Beim Türkei-Deal sieht es ein bisschen anders aus. Da habe ich das Gefühl, dass doch in fast allen Mitgliedstaaten ein Bewusstsein dafür da ist, dass wir da etwas zustande bringen müssen. Wie stark die Bereitschaft in der Türkei bleiben wird, dieses Abkommen auch wirklich umzusetzen, kann ich nicht vorhersagen. Ich hoffe, dass uns eine Umsetzung gelingen wird.

Ich glaube aber, dass wir uns nicht darauf verlassen dürfen und dass der Türkei-Deal auch nicht die einzige Maßnahme sein darf. Das ist auch der Grund dafür, dass ich gemeinsam mit der Innenministerin so aktiv war, was die Schließung der Westbalkanroute betrifft, weil es da eben mehrere Maßnahmen und nicht nur eine Abhängigkeit von der Türkei braucht.

**Präsidentin Doris Bures:** Damit gelangen wir zur 6. Anfrage, jener des Herrn Abgeordneten Hagen. – Bitte.

**Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH):** Frau Präsidentin! Guten Tag, Herr Bundesminister! (*Bundesminister Kurz: Grüß Gott!*) Vor knapp einem Jahr hat, wie Sie wissen, unser Parteichef Frank Stronach im ORF-„Sommergespräch“ die Schutzzonen angesprochen und gesagt, dass man Schutzzonen außerhalb des Kriegsgebiets, aber in der Nähe des Krieg führenden Staats errichten sollte. Dieser Vorschlag wurde dann auch von Bundeskanzler Faymann aufgenommen und allmählich von der ganzen Bundesregierung.

Meine Frage lautet:

## 193/M

„Welche Maßnahmen sind zur Errichtung von Schutzzonen geplant, um Flüchtlinge in sicheren Drittstaaten menschenwürdig und kosteneffizient zu versorgen?“

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Zunächst einmal teile ich da die Einschätzung Ihres Parteigründers und anderer, dass Schutzzonen sinnvoll sein können. Die große Herausforderung ist die Frage, wie es gelingt, diese auch wirklich zu schaffen und auf den Boden zu bringen. Da braucht es entweder ein UNO-Mandat oder die Zustimmung einer Regierung, die es teilweise in diesen Ländern so gar nicht gibt. Insofern tut man sich da oftmals schwer, Ansprechpartner zu finden. Die Idee ist meiner Meinung nach aber dennoch eine richtige und sollte daher weiterverfolgt werden.

Es gibt erste konkretere Überlegungen auch für Schutzzonen in Syrien, die insbesondere von der Türkei konkretisiert worden sind. Die Herausforderung ist jetzt, sich einmal auf ein Gebiet zu einigen. Abseits der schwierigen Fragen, wie man das dann umsetzen kann und wie es eine rechtliche Basis dafür geben kann, ist natürlich schon die Kernfrage: Wo sollen diese Schutzzonen sein? Dass sie ausschließlich im Kurdengebiet sind und somit vielleicht nicht nur dem Schutz gewisser Gruppen dienen, sondern gleichzeitig auch eine Maßnahmen gegen die Kurden sein könnten, das ist etwas, was wir natürlich nicht befürworten können. Insofern gibt es noch viele offene Fragen, aber von der Idee her ist das richtig, und darum wird es auch von uns weiterverfolgt.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH):** Ich mache es Ihnen ein wenig leichter, Herr Minister. Sie persönlich haben ja im Außenpolitischen Ausschuss und auch in den Medien gesagt, dass Sie sich persönlich Schutzzonen in Griechenland beziehungsweise in den Erstaufnahmeländern hier in Europa vorstellen könnten.

Meine konkrete Frage dazu: Wie weit sind Ihre Verhandlungen mit Griechenland und der EU hierzu fortgeschritten?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Also mein Wording, Herr Abgeordneter, für Griechenland oder Europa wäre jetzt nicht Schutzzonen. Schutzzonen sind, meine ich, etwas, das es in einem Kriegsgebiet braucht, damit die Menschen aus diesem Kriegsgebiet die Chance haben, in ihrer

Region sicher zu leben. Wenn wir von Europa sprechen, dann geht es meiner Meinung nach eher darum, Flüchtlinge unterzubringen und sie nicht weiterzuwinken.

In Griechenland sind wir da, glaube ich, sehr weit vorangeschritten, nicht unbedingt deswegen, weil sich Griechenland das so sehnlich gewünscht hat, sondern vor allem auch deswegen, weil wir mit der Schließung der Westbalkanroute Fakten geschaffen haben und Griechenland dann gezwungen war, die europäische Hilfe anzunehmen.

In Italien ist es leider so, dass noch immer sehr viele der Flüchtlinge weiterziehen, aber Sie kennen da die Gott sei Dank sehr klare Position der Bundesregierung.

**Präsidentin Doris Bures:** Wir gelangen zur 7. Anfrage, jener der Frau Abgeordneten Mag. Muttonen. – Bitte.

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Nächstes Jahr, also 2017, wird Österreich den Vorsitz in der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, übernehmen und arbeitet ja jetzt bereits in der Troika mit.

Meine Frage lautet:

**203/M**

„Gibt es von Ihrer Seite Überlegungen, wie der österreichische Vorsitz in der OSZE im Jahr 2017 für konkrete Initiativen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle genützt werden kann?“

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Frau Abgeordnete, ich glaube, dass jeder Vorsitz in einer internationalen Organisation natürlich die Möglichkeit bietet, etwas mehr Gestaltungsspielraum zu haben und, wenn man so will, ein bisschen über der eigenen Gewichtsklasse mitzuspielen. Insofern wird, glaube ich, auch der Vorsitz im Jahr 2017 in der OSZE für uns eine Chance sein, das Thema Abrüstung, das für uns ja ein sehr wichtiges ist, auch stärker aufs Tapet zu bringen.

Wir werden am 14. Juli das Vorsitzprogramm im Ständigen Rat der OSZE präsentieren. Das Hauptthema wird „Europa wieder sicherer machen“ sein, und da spielt Abrüstung natürlich auch eine ganz wichtige Rolle.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete.



**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Die parlamentarische Diplomatie bietet ja Möglichkeiten, die es oft auf anderen Ebenen wie auf der Regierungsebene nicht so gibt.

Meine Frage ist: Wie weit werden Sie das österreichische Parlament beziehungsweise die Parlamentarische Versammlung der OSZE nächstes Jahr mit einbinden?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Möglichst stark! Ich glaube, dass wir da mit Ihrer Rolle in der Parlamentarischen Versammlung eine große Chance haben, das noch intensiver wahrzunehmen, und meine, dass es einen Kontakt auf allen Ebenen braucht. Gerade in der OSZE ist die Parlamentarische Versammlung ja ein sehr gewichtiges Gremium.

**Präsidentin Doris Bures:** Damit gelangen wir zur 8. Anfrage, jener der Frau Abgeordneten Durchschlag. – Bitte.

**Abgeordnete Claudia Durchschlag (ÖVP):** Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Bundesminister! Die Bedeutung von Entwicklungszusammenarbeit ist wahrscheinlich noch selten so deutlich und auch für viele Menschen verständlich geworden wie im Zuge der Migrations- und Fluchtbewegungen. Dass Unterstützung vor Ort auch dazu beiträgt, dass sich vielleicht weniger Menschen gezwungen sehen, zu flüchten, das wissen, wie ich meine, inzwischen auch sehr, sehr viele Menschen.

Daher meine Frage:

**198/M**

„Was unternehmen Sie, um eine wirksame Flüchtlingshilfe vor Ort zu ermöglichen?“

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ja, ich habe mich bei den Budgetverhandlungen sehr intensiv dafür eingesetzt, dass es mehr Mittel für die Hilfe vor Ort gibt, weil ich der festen Überzeugung bin, dass es wesentlich nachhaltiger ist, wenn wir Menschen vor Ort unterstützen, als wenn wir glauben, dass wir unbeschränkt Flüchtlinge und Migranten in Europa aufnehmen können.

Ich bin froh, dass der Finanzminister da auch sehr viel Verständnis gezeigt hat und dass es jetzt zu einer Aufstockung der Gelder für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit kommt, zu einer Verdopplung bis 2021. Jetzt kann man natürlich sagen, wir sind vom 0,7-Prozent-Ziel trotzdem noch weit weg, das stimmt. Was man aber auch sagen muss, ist, dass es eine Trendwende in der österreichischen

Politik gibt, denn im letzten Jahrzehnt ist ständig nur gekürzt und gespart worden. Insofern bin ich froh, dass es hier erstmals deutlich mehr gibt, und das ist ja von den NGOs und allen, die in diesem Bereich arbeiten, auch sehr positiv gesehen worden und auch von Generalsekretär Ban Ki-moon begrüßt worden.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Claudia Durchschlag (ÖVP):** Eine Frage, die in diesem Zusammenhang auch immer gestellt wird, ist, was eigentlich mit den Menschen, die sich zur Rückkehr entschließen, geschieht.

Meine Frage: Treffen Sie auch Maßnahmen, um Menschen, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren, konkrete Unterstützung vor Ort für eine gute Reintegration anzubieten?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ja, es gibt diese Projekte, und wir unterstützen sie auch. Ich halte sie persönlich für sehr sinnvoll. Das Problem ist nur, und so ehrlich muss man auch sein, dass eine Rückkehr für die Menschen dann wesentlich attraktiver ist, wenn sie, solange die Gefahr besteht oder der Krieg dauert, in der Region bleiben. Menschen, die einmal bis nach Deutschland, Schweden oder Österreich durchgekommen sind, haben oft wesentlich weniger Interesse, danach zurückzukehren. Das besagen leider alle Fakten, die wir in diesem Bereich haben.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Windbüchler-Souschill.

**Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne):** Frau Präsidentin! Herr Minister! Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Generalsekretär Ban Ki-moon hat ja auch aktuell darauf hingewiesen, dass Zäune und Mauern im Falle von Krieg und Krisen keine Lösungen darstellen. Ich nehme an, wir beide können diesen Satz voll und ganz unterschreiben.

Der World Humanitarian Summit der UNO findet im Mai statt. Meine Frage dazu: Welche konkreten finanziellen Mittel werden Sie für das World Food Programme, für das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und für UNICEF bereitstellen, gerade im Hinblick auf diesen Humanitarian Summit, denn die angekündigten Gelder fließen ja erst ab 2017 und nicht ab 2016?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich habe nicht vor, wegen einer Veranstaltung eine politische Haltung zu ändern, sondern

unsere politische Haltung ist klar: Wir wollen einen möglichst großen Beitrag leisten, unabhängig davon, ob es am 22. Mai den Humanitarian Summit gibt oder nicht. Dass es diese Veranstaltung gibt – verstehen Sie mich nicht falsch! –, ist etwas sehr Positives. Die Zahlen habe ich Ihnen schon so oft genannt, dass ich sicher bin, dass Sie sie auch kennen.

**Präsidentin Doris Bures:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Mag. Wurm.

**Abgeordnete Mag. Gisela Wurm (SPÖ):** Herr Bundesminister! Frauen auf der Flucht sind mannigfaltigen Gefahren ausgesetzt. Es ist auch Faktum, dass Frauen eher im Land bleiben, weil die Familien, ihre Kinder vor Ort sind. Sexuelle Ausbeutung, Vergewaltigung, andere Gefahren, denen Frauen ausgesetzt sind, auch in den sogenannten sicheren Aufnahmezentren, die sogenannte Gender-Based Violence – es gilt, darauf zu achten.

Daher meine Frage: Welche Vorkehrungen werden auf den diversen Fluchtrouten beziehungsweise in den Aufnahmezentren getroffen?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich muss zugeben, dass da vieles meinen Zuständigkeitsbereich übersteigt; aber dass es dieses Problem gibt und dass es daher auch notwendig ist, da aktiv zu sein, damit haben Sie völlig recht. Entscheidend ist aber auch, wie ich meine, gegen die Flucht und die massenhafte illegale Migration anzukämpfen, denn es sind dann natürlich vor allem Frauen und Familien gefährdet, wenn eben die Männer vorausgehen und die Frauen zum Beispiel zurücklassen.

Wenn wir es insbesondere schaffen, dass wir diese Zuwanderungsströme reduzieren, wenn wir es schaffen, die Menschen vor Ort besser zu versorgen, und wenn wir mit Resettlement-Programmen ganz gezielt die Ärmsten der Armen bewusst nach Europa holen, um sie da zu versorgen, und da gerade Frauen, Kinder oder ganze Familien auswählen, dann, glaube ich, schaffen wir es auch, dieses Problem besser in den Griff zu bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsidentin Doris Bures:** Damit gelangen wir zur 9. Anfrage, jener des Herrn Abgeordneten Dr. Bösch. – Bitte.

**Abgeordneter Dr. Reinhard Eugen Bösch (FPÖ):** Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

## 195/M

„Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf europäischer Ebene zur Verhinderung einer neuen Massenmigration von Afrika über die etablierte Schlepperroute ‚Mittelmeer und Italien‘ nach Europa setzen?“

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Wir sind, wie Sie wissen, Herr Abgeordneter, was die Westbalkanroute betrifft, ja schon sehr aktiv geworden. Was die Mittelmeer-Italien-Route betrifft, gibt es aus meiner Sicht zwei ganz konkrete Zielsetzungen: Das Erste ist, dass Italien Flüchtlinge nicht weiterwinken darf, denn wenn Flüchtlinge und illegale Migranten die Möglichkeit haben, nach Deutschland, Österreich oder Schweden zu kommen, und nicht in Italien bleiben müssen, dann ist Europa natürlich noch wesentlich attraktiver und wesentlich mehr machen sich auf den Weg.

Der zweite Punkt ist: Es ist vorhin schon angesprochen worden, dass die Entkopplung der Rettung vom Ticket nach Europa natürlich sehr entscheidend ist, damit sich nicht immer mehr Menschen auf diese gefährliche Reise begeben.

**Präsidentin Doris Bures:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dr. Reinhard Eugen Bösch (FPÖ):** Herr Bundesminister, in diesem Zusammenhang plant die österreichische Bundesregierung die Schließung der Brenner-Grenze. Die Brenner-Grenze ist eine sensible Grenze, weil sie nicht nur die Europaregion Tirol durchschneidet, sondern auch – ich zitiere ehemalige SVP-Landeshauptleute von Südtirol – die Südtiroler von ihrem Vaterland Österreich abtrennt.

Sie sind als Außenminister die personifizierte Schutzmachtfunktion unserer Republik. Ihre ehemalige Kollegin Mikl-Leitner hat den interessanten Vorschlag gemacht, die Kontrollen in Bezug auf den Grenzübertritt schon auf italienischem Staatsgebiet durchzuführen. Sie bekam damals auch Unterstützung von der bayerischen Staatsregierung.

Wir kennen Sie als phantasievollen Regisseur unserer Außenpolitik, Herr Minister. Haben Sie schon erwogen, in diesem Zusammenhang mit der italienischen Staatsregierung, mit der Südtiroler Landesregierung im europäischen Sinne zu verhandeln, um die Sicherung der Europaregion Tirol weiter südlich zu organisieren, zum Beispiel an der Salurner Klause?

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Herr Abgeordneter, die Schließung kann nicht das Ziel sein, sondern es geht um Grenzkontrollen. Die Auswirkungen auf Personen- und Warenverkehr müssen so gering wie möglich gehalten werden, selbst wenn es zur Notwendigkeit dieser Kontrollen kommt. *(Präsident Kopf übernimmt den Vorsitz.)*

Sie haben vollkommen recht, dass unser Ziel ist, dass das schon auf italienischem Boden stattfindet. Ich habe sowohl mit Südtirol als auch mit Italien schon Gespräche dazu gehabt, wir sind in Verhandlungen. Je mehr Italien bereit ist, da mit uns zu kooperieren, desto besser wird die Lösung für uns alle sein.

**Präsident Karlheinz Kopf:** Wir kommen zur 10. Anfrage, jener der Frau Abgeordneten Windbüchler-Souschill. – Bitte.

**Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne):** Herr Minister! Die Westbalkankonferenz, die in Wien vor der Schließung der Grenzen stattgefunden hat, hat ja durchaus diplomatische Verstimmungen gebracht.

Meine Frage lautet:

#### 201/M

„Welche Schritte setzen Sie konkret, um Griechenland nach den diplomatischen Verwerfungen aufgrund der von Ihnen initiierten Balkankonferenz ohne Einladung an relevante Akteure wie Griechenland dazu zu bewegen, seine Botschafterin wieder nach Wien zu entsenden?“

**Präsident Karlheinz Kopf:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es war eine Entscheidung Griechenlands, die Botschafterin zu Konsultationen nach Griechenland zurückzubeordern. Ich respektiere diese Entscheidung natürlich. Nichtsdestotrotz habe ich sowohl davor als auch danach immer einen guten Kontakt zum griechischen Außenminister gehabt und werde das auch weiterhin so pflegen.

Es war Griechenland ja durchaus in Gespräche rund um die Westbalkankonferenz eingebunden. Es gab erst zwei Wochen vor der Westbalkankonferenz eine Konferenz auf europäischer Ebene, bei der der griechische Außenminister gesagt hat, er sei nicht bereit, über Grenzsicherungen zu sprechen, sondern nur dazu, über das Professionalisieren des Weitertransports von Flüchtlingen zu reden. Insofern gab es hier unterschiedliche Interessen, das muss ich auch zur Kenntnis nehmen, und

insofern hat die Konferenz so stattgefunden, wie sie stattgefunden hat, und hat aus meiner Sicht auch einen eindeutigen Erfolg gebracht.

Der griechische Außenminister wird auf meine Einladung hin am 11. Mai zu einem bilateralen Besuch in Österreich sein. Er hat mir angekündigt, dass er die Botschafterin gleich mit zurück nach Österreich nehmen wird; aber wie gesagt, das ist seine Entscheidung, und ich werde jegliche Entscheidung Griechenlands respektieren.

**Präsident Karlheinz Kopf:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill** (Grüne): Das Schließen der Grenzen hatte Auswirkungen, und österreichische Außenpolitik war ja traditionell immer sehr verbindend, europäischen Werten folgend und niemals so, dass Innenpolitik über Außenpolitik gestülpt wurde. Deshalb auch meine Zusatzfrage dazu:

Was tun Sie denn jetzt tatsächlich konkret, um Griechenland zu unterstützen? In Griechenland sitzen ja noch immer Zigtausende Flüchtlinge fest. Welchen humanitären Hilfsgedanken pflegen Sie, was Griechenland anbelangt?

**Präsident Karlheinz Kopf:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Also zunächst muss man aufpassen mit der Formulierung: Innenpolitik über Außenpolitik stellen, denn es kommt darauf an, wie man es meint. Wenn man damit meint, dass man sich von innenpolitischen Debatten leiten lässt und darum im Ausland eine andere Meinung vertritt, als man sie selbst hat, dann wäre das falsch. Wenn Sie damit meinen, dass ich im Ausland österreichische Interessen vertrete, dann kann ich Ihnen nur sagen: Ja, das werde ich weiterhin genauso tun! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist mein Job als Außenminister, österreichische Interessen und unsere Werte zu vertreten, und da werde ich mich sicher nicht einschränken lassen.

Was Griechenland betrifft, habe ich genau das getan. Es kann nicht unsere europäische Haltung sein, dass Flüchtlinge und Migranten staatlich organisiert bis nach Mitteleuropa weitergewunken werden und wir so diesen Zustrom noch befeuern und das Problem immer größer machen. Gott sei Dank sind auch viele zur Einsicht gelangt, dass das der falsche Weg ist.

Was die humanitäre Situation in Griechenland betrifft, war ich einer der Ersten, die gleichzeitig immer gesagt haben: Man kann Griechenland mit dem Problem nicht alleine lassen, man muss es unterstützen. (*Präsident Kopf gibt das Glockenzeichen.*) Während wir in Österreich rund 100 000 Flüchtlinge ohne europäische und internationale Unterstützung versorgt haben, wird Griechenland durch bilaterale Mittel

seitens Österreichs und anderer Staaten unterstützt, es wird mit europäischen Geldern und auch mit internationalen Geldern unterstützt.

Ich habe stets befürwortet, dass Griechenland europäische Gelder erhält, und ich habe vor allem auch der österreichischen Bundesregierung vorgeschlagen – und so ist es im Ministerrat beschlossen worden –, dass es da auch bilaterale Unterstützung gibt.

*(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Karlheinz Kopf:** Wir kommen zur 11. Anfrage, jener der Frau Abgeordneten Bayr. – Bitte.

**Abgeordnete Petra Bayr, MA (SPÖ):** Herr Präsident! Guten Morgen, Herr Minister! Generalsekretär Ban hat in seiner Rede vorhin gerade auf die Wichtigkeit der „Agenda 2030“ hingewiesen, die ja sowohl in ihrer Komplexität, wie in ihrer Tiefe, Breite und vor allem auch Universalität ganz neue Dimensionen hat und der wir wahrscheinlich mit erprobten Mitteln wie interministeriellen Arbeitsgruppen oder Mainstreaming alleine in der Implementierung nicht wirklich werden gerecht werden.

Meine Frage lautet:

**204/M**

„Mit welchen Arbeitsweisen wird Ihr Ministerium der notwendigen Gesamtstaatlichkeit bei der Umsetzung der UN-Ziele für eine bessere Welt, der sogenannten ‚Agenda 2030‘, nachkommen?“

**Präsident Karlheinz Kopf:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Mein Ministerium spielt eine ganz entscheidende Rolle bei der Umsetzung. Es ist zwar eine Aufgabe der gesamten Bundesregierung, aber wir haben da gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt natürlich ganz klar den Lead.

Wir haben uns auch dazu entschieden, darüber hinaus ganz wichtige Player einzubinden: Das Parlament, der Rechnungshof, die Zivilgesellschaft sollen aktiv beteiligt werden. Es gibt ein zentrales Koordinierungsgremium, bestehend aus Vertretern des Außenministeriums und des Bundeskanzleramts. Das Außenministerium wird natürlich vor allem bei der Umsetzung im Ausland im Rahmen der EZA eine tragende Rolle einnehmen, das BKA vor allem, was die Umsetzung im Inland betrifft.

**Präsident Karlheinz Kopf:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Petra Bayr, MA (SPÖ):** Es freut mich sehr, zu hören, dass wichtige Akteure wie Parlament, Zivilgesellschaft et cetera in der Umsetzung eine Rolle spielen werden. Ich glaube, es ist wichtig, dass das wirklich breit getragen ist, dass wir auch die Herzen möglichst vieler Österreicherinnen und Österreicher mit der Agenda erreichen.

Haben Sie schon eine Vorstellung dazu, wie konkret das erfolgen soll, wie es ermöglicht werden soll, dass das Parlament wirklich eine Chance hat, die Ergebnisse der Umsetzung, der Implementierung der SDGs wirklich nachvollziehen zu können und da auch seiner Kontrollfunktion gegenüber der Regierung nachkommen zu können?

**Präsident Karlheinz Kopf:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Unser Ziel ist es, dass das Steuerungsgremium, das hier die Koordinierung übernommen hat, ganz bewusst zu gewissen Stakeholder-Runden einlädt und den Dialog ermöglicht. Botschafter Launsky koordiniert das bei mir im Ministerium. Ich glaube, er hat in anderen Bereichen, auch bei seiner Tätigkeit in der UNO, schon bewiesen, dass er dafür sehr qualifiziert ist. Wir erstellen gerade gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt ein Konzept dazu.

**Präsident Karlheinz Kopf:** Wir kommen nun zur 12. und letzten Anfrage, jener der Frau Abgeordneten Dr. Winzig. – Bitte.

**Abgeordnete Dr. Angelika Winzig (ÖVP):** Werter Herr Bundesminister! Heute hoher Besuch im Hohen Haus – Österreich hat ja eine jahrhundertelange Tradition als Standort für internationale Organisationen beziehungsweise auch Zusammenkünfte. Das ist natürlich auch volkswirtschaftlich für uns sehr wichtig. Wie sehen Sie das?

Und meine Frage:

199/M

„Wie wollen Sie den Amtssitz Wien weiter stärken?“

**Präsident Karlheinz Kopf:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Dass der UNO-Generalsekretär gemeinsam mit seinem Führungsgremium heute in Wien zu Gast ist, hier eine Konferenz abhält und Wien als Tagungsort ausgewählt hat, das stärkt den Amtssitz schon einmal weiter.

Ich glaube, dass die Verhandlungen, die wir in Wien hatten, die Iran-Verhandlungen, die Syrien-Gespräche, natürlich auch eine Stärkung für den Amtssitz bedeutet haben.



Und wir bemühen uns stetig, auch neue internationale Organisationen anzusiedeln und bestehende zu halten, weil das nicht nur aus außenpolitischer Sicht sehr wichtig für uns ist, sondern mittlerweile auch ein echter Job- und Wirtschaftsfaktor geworden ist.

**Präsident Karlheinz Kopf:** Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dr. Angelika Winzig (ÖVP):** Erwarten Sie sich auch durch die NGO-Gesetz-Novelle zu den Quasi-Internationalen Organisationen eine Stärkung des Amtssitzes?

**Präsident Karlheinz Kopf:** Herr Bundesminister, bitte.

**Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz:** Ich hoffe sehr, denn andere Länder sehen es nicht negativ, wenn sie internationale Organisationen beheimaten dürfen, sondern, ganz im Gegenteil, tun alles, um möglichst attraktiv zu sein. Insofern ist es unsere Aufgabe, stetig zu versuchen, als Amtssitz attraktiv zu bleiben und vielleicht in gewissen Nischen noch attraktiver zu werden. Ich glaube, dass diese Novelle auch eine gewisse Chance bietet, dass wir da auf einem guten Weg sind und auch international weiterhin attraktiv bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Karlheinz Kopf:** Es sind somit alle Anfragen zum Aufruf gelangt.

Ich erkläre die Fragestunde für beendet und bedanke mich bei Herrn Bundesminister Kurz für die Beantwortung der Fragen.